

STADT NORDEN

Protokoll

über die Sitzung des Rates der Stadt Norden (38/Rat/2016)

am 23.02.2016

Hotel Reichshof, Neuer Weg 53, Norden

- öffentliche Sitzung -

Sitzungsdauer und Anwesenheit siehe Anwesenheitsliste

Tagesordnung:

1. Eröffnung der Sitzung (öffentlicher Teil)
2. Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit
3. Feststellung der Tagesordnung mit Entscheidung über die Aufnahme von Dringlichkeitsanträgen
4. Bekanntgaben
5. Bekanntgabe von Eilentscheidungen
6. Durchführung der Einwohnerfragestunde
7. Tourismuskonzept Norden-Norddeich;
Vorstellung der Ergebnisse durch Herrn Cornelius Obier von der Firma Project M
1675/2016/VV
8. Masterplan Wasserkante Norddeich;
Sachstandsbericht durch Herrn Dipl.-Ing. Karl Wefers
1676/2016/VV
9. Änderung der Geschäftsordnung des Rates, des Verwaltungsausschusses und der Ausschüsse;
Antrag der SPD-Fraktion vom 21.01.2016
1668/2016/1.2
10. Bildung von Ausschüssen;
Antrag der SPD-Fraktion vom 06.02.2016 auf Einrichtung eines Ausschusses für Migration und Integration
1680/2016/1.2
11. Dringlichkeitsanträge
12. Anfragen
13. Wünsche und Anregungen
14. Festlegung des nächsten Sitzungstermins
15. Schließung der Sitzung (öffentlicher Teil)

zu 1 Eröffnung der Sitzung (öffentlicher Teil)

Der Vorsitzende eröffnet um 17:03 Uhr die öffentliche Sitzung des Rates der Stadt Norden und begrüßt die Anwesenden.

zu 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende stellt die frist- und formgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Gremiums fest.

Entschuldigt fehlen die Beigeordneten Wimberg und Fuchs, die Ratsfrauen Eden und Gerdes sowie die Ratsherren Gronewold, Joosten und Schmelzle.

zu 3 Feststellung der Tagesordnung mit Entscheidung über die Aufnahme von Dringlichkeitsanträgen

Die mit Schreiben vom 09.02.2016 bekannt gegebene Tagesordnung wird einstimmig vom Rat festgestellt.

zu 4 Bekanntgaben

Keine.

zu 5 Bekanntgabe von Eilentscheidungen

Es liegen keine Eilentscheidungen vor.

zu 6 Durchführung der Einwohnerfragestunde

Es wurden keine Fragen gestellt.

**zu 7 Tourismuskonzept Norden-Norddeich;
Vorstellung der Ergebnisse durch Herrn Cornelius Obier von der Firma Project M
1675/2016/VV**

Sach- und Rechtslage:

Die Erstellung des Tourismuskonzeptes ist abgeschlossen, die Umsetzungsphase startet. Anliegend erhalten die Ratsmitglieder eine kurze Zusammenfassung der wichtigsten Fakten. Der komplette detaillierte Ergebnisbericht ist einsehbar unter

https://www.dropbox.com/s/d3o9157wq9h5oz1/PROJECT%20M_Norden-Norddeich_Tourismuskonzept_Ergebnisbericht_V5.pdf?dl=0

Herr Obier vom beauftragten Unternehmen Project M wird die Studie in der Sitzung präsentieren.

Kurdirektor Korok führt kurz in das Thema ein. Er berichtet, dass das Tourismuskonzept in den Workshops mit den Leistungsträgern erarbeitet wurde. In insgesamt zwölf Veranstaltungen wurden u.a. die Fragen beantwortet: „Wo steht Norden-Norddeich? Was sind die Zielgruppen und welche konkreten Maßnahmen sind durchzuführen?“ Das Projekt müsste nunmehr in die Umsetzungsphase gehen. Der Aufsichtsrat habe diesem bereits zugestimmt. Es soll die Zusammenarbeit mit den Leistungsträgern stärken. Unterm Strich wird das Tourismusleitbild Handlungslinien für alle Beteiligten enthalten.

Kurdirektor Korok überreicht Bürgermeisterin Schlag eine gebundene Ausgabe des Tourismuskonzeptes.

Dipl.-Kfm. Obier (Geschäftsführer Projekt M) stellt das Tourismusleitbild vor (siehe Anlage 1 im Ratsinformationssystem).

Beigeordneter Fischer-Joost erklärt, dass sich die Grünen aktiv am Prozess beteiligt haben. Allerdings habe man andere Positionen und finde sich dahingehend auch nicht wieder. Er vermisst z.B. die Aspekte zum naturverbundenen Tourismus sowie zum Radtourismus. Ein Ausbau des Tourismus bedeute zudem auch eine weitere Versiegelung, welche abgelehnt werde. Die Grünen wünschen sich zudem, dass die Gäste vermehrt mit der Bahn anreisen. Ein neues Logo sei dagegen nicht nötig. Seine Fraktion wünsche sich zudem zusätzliche Toilettenwagen am Strand sowie eine Preissenkung für die behinderte Bevölkerung im Ocean Wave. Er bittet um eine getrennte Abstimmung.

Ratsherr Köther findet die Präsentation sehr eloquent, bemängelt allerdings das Konzept. Er findet es kränkend, dass man in den letzten 15 Jahren alles falsch gemacht habe. Dennoch seien die Besucherzahlen gestiegen. Er sei der Meinung, dass Norddeich von privaten Vermietern und Investoren lebe. Diese könne man allerdings nicht zwingen zu investieren, sondern nur Handlungsempfehlungen machen. Norddeich sei in den letzten Jahren ohne staatliche Kontrolle gewachsen. Dies mache das ganze sehr schwer. Er bezweifelt, dass dieses Tourismuskonzept hierfür die richtige Lösung sei und lehne es daher ab.

Ratsherr Lütkehus begrüßt das Konzept. Gegenüber den vergangenen Jahren sei dies einer der besseren Ansätze. Es bestehe ein Potential. Der Tourismus in der Stadt Norden sei bisher sehr kleinteilig und bringe kaum Gewerbesteuern. Er hoffe, dass der neue Rat das Konzept annehme. Diesem sei das Konzept ebenfalls vorzustellen. Seitens der Stadt Norden werde es sicher keine große finanzielle Beteiligung geben, aber durchaus von den Wirtschaftsbetrieben.

Ratsherr Wäcken bittet um eine Empfehlung zur Bauleitplanung in Norddeich für die Praxis. Weiterhin sei bei der Ist-Analyse davon die Rede, dass Norddeich lediglich ein eingeschränktes Naturerlebnis habe. Er bittet diesbezüglich um weitere Ausführungen. Zudem frage er sich, warum kein „Wir-Gefühl“ bestehe und wie dieses eingeworben werden könne.

Kurdirektor Korok antwortet, dass die Bauleitplanung sorgfältig unterzubringen sei. Hierbei müssten auch die touristischen Belange berücksichtigt werden. Zudem müssten die verkehrliche Situation im Dörper Weg und bei der Norddeicher Straße veranschaulicht werden. Auch die Nutzung von Wohnungseigentum zu Ferienwohnungen sei ein Aspekt, um eine „Rolladen-Siedlung“ im Winter zu vermeiden.

Auf Nachfrage des Ratsherrn Wäcken erklärt Kurdirektor Korok, dass die Kurverwaltung als Träger öffentlicher Belange im Rahmen der Abwägung regelmäßig zur Abgabe einer Stellungnahme aufgefordert werde.

Dipl.-Kfm. Obier berichtet, dass das Naturerlebnis ausführlich diskutiert wurde. Natürlich habe Norddeich den Nationalpark Wattenmeer. Der Ortskern Norddeichs sei dagegen alles andere als ein Naturerlebnis. Weiterhin wurde in den Workshops das „Wir-Gefühl“ diskutiert. Es gebe eine Rivalität zwischen Norddeich und Norden. Es lohne sich im Rahmen des Tourismuskonzeptes mit den Leistungsträgern hieran zu arbeiten.

Beigeordneter Sikken ist der Meinung, dass die Bauleitplanung ein wichtiges Thema sei. Sie müsste künftig auch zugunsten der einheimischen Bevölkerung gerichtet sein. Norddeich und Norden lebe von privaten Investoren. Die Kurverwaltung und die Stadt können da nur den Rahmen geben. Er spricht sich für die Hybridmarke Norden- Norddeich aus.

Bürgermeisterin Schlag erklärt, dass alle Beteiligten in den letzten Jahren zwar fleißig waren, aber der Durchbruch nicht geschafft wurde. Mit dem neuen Kurdirektor könne nunmehr durchgestartet werden. Touristische Destination, Strukturen und Zielsetzungen seien ein weites Feld. Es gehe darum, auch eine Alternative zum Freibad aufzuweisen. Diese wurde mit dem Tourismusleitbild und dem Projekt zur Wasserkante gefunden. Hierin liege die Herausforderung für die nächsten Jahre. Wenn die öffentliche Hand vorangehe, würden auch die privaten Anbieter nachziehen. Sie spreche sich daher für das Konzept aus.

Auf Nachfrage des Ratsherrn Ulferts erklärt Dipl.-Kfm. Obier, dass es bei der Wertschöpfung darum gehe, Urlauber mit einer höheren Kaufkraft zu gewinnen. Dieser Weg sei alternativlos. Im Übrigen seien auch die Ortsteile im Tourismuskonzept enthalten.

Ratsherr Lüers berichtet, dass er sich als Mitglied des Projektbeirates bei den Workshops eingebracht habe. Er danke Herrn Obier für die gelungene Präsentation. Sein Dank gehe auch an Herrn Kurdirektor Korok.

Ratsfrau van Gerpen ist ebenfalls der Meinung, dass Herr Obier hervorragende Arbeit geleistet habe. Sie berichtet, dass Patienten mit „Burnout“ daran interessiert seien, weite Strecken mit dem Rad zu fahren oder Tagesausflüge zu tätigen. Hier gelte es mit den Leistungsanbietern vor der Haustür Angebote aufzubauen. Es gebe eine wertvolle, schützenswerte Natur in der Umgebung. Es gehe aber auch darum, Familien mit Kindern oder Großeltern ein Programm zu bieten. Zur Durchführung des Konzeptes müsste eine Marketinggesellschaft unter der Federführung der Kurverwaltung beauftragt werden. Dies sei problematisch, da die Finanzierbarkeit auch unter Berücksichtigung des Maßnahmenpaktes gesehen werde. Sie spreche sich daher für einen Vorbehaltsbeschluss aus.

Ratsherr Köther erinnert daran, dass die öffentliche Hand bei den Maßnahmen wie der Kurklinik und dem Therapiezentrum vorangegangen sei. Es gehe darum, die Standortgegebenheiten positiv darzustellen. Viele Gäste kämen lediglich wegen der Ruhe und Gelassenheit nach Norden.

Beigeordnete Albers bittet darum, die Finanzierbarkeit einzubinden. Sie fordert außerdem, dass in Norddeich ein Nichtraucherstrand geschaffen werde sowie eine deutliche Verbesserung der Müllproblematik.

Der Rat nimmt die Ergebnisse des Tourismuskonzeptes zur Kenntnis.

Der Rat beschließt:

Der Rat befürwortet die Umsetzung des Tourismuskonzeptes vorbehaltlich der Finanzierbarkeit.

Stimmergebnis:	Ja-Stimmen:	23
	Nein-Stimmen:	0
	Enthaltungen:	5

**zu 8 Masterplan Wasserkante Norddeich;
Sachstandsbericht durch Herrn Dipl.-Ing. Karl Wefers
1676/2016/VV**

Sach- und Rechtslage:

Der beauftragte Planungsumfang ist inzwischen termingerecht und nahezu vollständig abgearbeitet worden. Eine erste Visualisierung des Projektes erfolgte bereits in der Ratssitzung vom 16.11.2015. Der aktuelle und detaillierte Masterplan Wasserkante kann von den Ratsmitgliedern unter folgender Internetadresse eingesehen werden:

<http://www.swup.de/TransferBox/MasterplanNN.zip> (ACHTUNG: der Download kann einige Minuten dauern)

Gegenwärtig arbeitet das Planungsbüro noch an einer ersten Abschätzung der Kosten, Herr Dipl.-Ing. Wefers wird in der Ratssitzung den groben Kostenüberblick vorstellen und erläutern, eine begründete Empfehlung bezüglich der Reihenfolge der einzelnen Bauabschnitte abgeben und die notwendigen weiteren Planungsschritte präsentieren.

Kurdirektor Korok erklärt, dass eine Verbesserung des Nordseeheilbades Norddeich mit ein paar kleineren Maßnahmen nicht getan sei. Man müsse ein größeres Rad drehen. Es gehe heute darum, eine politische Entscheidung über einen Infrastrukturplan zu treffen. Der Umsetzungszeitraum betrage 10 bis 15 Jahre. Heute werde ein Puzzlerahmen vorgestellt. Die einzelnen Teile werden von der Politik bestückt.

Dipl.-Ing. Wefers stellt das Projekt mit den Einzelmaßnahmen vor (siehe Anlage 2 im Ratsinformationssystem).

Ratsherr Glumm erklärt, dass die Norder/innen und die Gäste einen Mehrwert erlangen, wenn der Masterplan eine Skateranlage integriere.

Ratsherr Glumm verlässt die Sitzung um 19:17 Uhr.

Kurdirektor Korok berichtet, dass es heute lediglich um einen Grundsatzbeschluss gehe. Es be-

deute nicht, dass heute über das große Ganze entschieden werde. Man würde sich zunächst auf den Schwerpunkt „Lagune“ konzentrieren. Zu der Investitionssumme sei mitzuteilen, dass es sich um Nettobeträge handelt, da die Wirtschaftsbetriebe vorsteuerabzugsberechtigt sind.

Beigeordneter Sikken spricht sich dafür aus, heute einen Grundsatzbeschluss zu fassen. Man müsse erfinderisch sein, um eine Förderung einzuwerben.

Beigeordnete Albers ist der Meinung, dass der erste Bauabschnitt entfallen könnte. Es sei viel wichtiger in Norddeich einen sauberen Strand, einen Nichtraucherstrand sowie zusätzliche Toiletten aufzustellen. Ein Grundsatzbeschluss sei für diese Saison zu wenig.

Kurdirektor Korok erklärt, dass er die Meinung der Grünen-Fraktion teile. Aufgrund der Planungsmaßnahmen sei die Unterhaltung des Strandes im letzten Jahr nicht optimal gewesen. Er versuche die Wünsche umzusetzen.

Ratsherr Köther verweist auf die früheren Diskussionen um den „Badepolder“. Damals wurde auf die Probleme von Hygiene und Bakterien hingewiesen. Ihm fehle es an einer Gegenrechnung für eine Renovierung des Freibades. Er zweifle daher an dem Projekt mit der Lagune.

Bürgermeisterin Schlag fasst die bisherige Diskussion zusammen. Sie könne sich mit dem ersten Bauabschnitt anfreunden.

Dipl.-Ing. Wefers erklärt, dass im Hochbaubereich durchaus nachgerüstet werden könne. Dies gelte zum Beispiel für die Dünenstege. Im Tiefbaubereich funktioniere dies nicht. Das Wasserddeck sei ein geschlossenes System, welches mit Pumpen arbeite. Er verweist auf die anfänglichen Probleme der Lagune in Burhave hin. Man arbeite allerdings mit den dortigen Laboren zusammen um deren Erfahrungen zu nutzen. Eine Wartung der Pumpen müsse regelmäßig erfolgen. Ein „Worst-Case“ sei allerdings eine Sturmflut. Diese Risiken wurden statistisch berücksichtigt.

Ratsherr Fischer-Joost teilt mit, dass er zu den Skeptikern des Projektes gehöre. Die Wartung, Reparaturen und Folgekosten seien zu berücksichtigen. Zudem setzen die Wirtschaftsbetriebe im Bereich Strom und Gas 15 % weniger um, sodass weniger Geld eingenommen werde. Die Stadt Norden befand sich in den letzten Jahren in der Konsolidierung. Nun plötzlich wolle man mit 5 Mio. € „in die Vollen“ gehen. Dies könne kein Bürger verstehen.

Kurdirektor Korok verweist auf das jährliche Investitionsvolumen der Wirtschaftsbetriebe in Höhe von 3 Mio. €. Die Mittel werden von den Wirtschaftsbetrieben selber erwirtschaftet. Die Folgekosten könnten durch eine Umwegs-Finanzierung von den Gästen (Erhöhung Kurbeiträge) sowie von den touristischen Leistungsbringern (Erhöhung Fremdenverkehrsbeiträge) eingeholt werden. Durch eine höhere Wertschöpfung hätten die Kurbetriebe und die Stadt höhere Eigenmittel zur Verfügung.

Ratsherr Lütkehus begrüßt das vorgestellte Projekt. Er bittet auch die Folgekosten zu berücksichtigen. Er sei der Meinung, dass man den Badepolder längst hätte haben können.

Ratsfrau van Gerpen berichtet, dass eine enorme Summe in die Hand genommen werden müsste. Die SPD-Fraktion sei zwar grundsätzlich dafür, sie beantrage aber die Einschränkung, dass über die Einzelabschnitte der Rat jeweils gesondert abstimme.

Der Rat nimmt die vorgestellten Grundzüge der Planung zur Kenntnis.

Der Rat beschließt:

Der Rat spricht sich grundsätzlich und vorbehaltlich der Finanzierbarkeit für deren Umsetzung aus. Nach der Vorlage eines Finanzierungskonzeptes durch die Wirtschaftsbetriebe der Stadt Norden GmbH unter Einbeziehung von Fördermitteln wird sich der Rat erneut mit den jeweiligen Teilprojekten befassen.

Stimmergebnis:	Ja-Stimmen:	22
	Nein-Stimmen:	5
	Enthaltungen:	0

zu 9 **Änderung der Geschäftsordnung des Rates, des Verwaltungsausschusses und der Ausschüsse;
Antrag der SPD-Fraktion vom 21.01.2016
1668/2016/1.2**

Sach- und Rechtslage:

Antrag:

Mit Schreiben vom 21.01.2016 beantragt die SPD-Fraktion eine Änderung der Geschäftsordnung des Rates, des Verwaltungsausschusses und der Ausschüsse. Die Änderung bezieht sich dahingehend, dass in allen Ausschüssen – analog zum Rat – eine Einwohnerfragestunde eingeführt wird.

Rechtliche Würdigung:

Gem. § 69 Nds. Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG) beschließt der Rat über eine Änderung der Geschäftsordnung. Eine Vorbereitung durch den Verwaltungsausschuss ist nicht erforderlich. Der Beschluss über die Änderung der Geschäftsordnung bedarf der einfachen Mehrheit.

Gem. § 62 Abs. 1 und Abs. 3 in Verbindung mit § 72 Abs. 1 und Abs. 3 Satz 4 NKomVG sind Einwohnerfragestunden in den öffentlichen Ausschusssitzungen rechtlich möglich, sofern es die Geschäftsordnung zulässt.

In der derzeitigen Geschäftsordnung (Fassung vom 15.11.2011) ist die Einwohnerfragestunde in den Ratssitzungen wie folgt geregelt:

§ 13 Einwohnerfragestunde

- (1) Zu Beginn einer öffentlichen Ratssitzung findet eine Einwohnerfragestunde statt. Die Fragestunde wird von der/dem Ratsvorsitzenden geleitet. Sie soll 30 Minuten nicht überschreiten.
- (2) Jede Einwohnerin und jeder Einwohner der Stadt kann Fragen zu Beratungsgegenständen der Ratssitzung und zu anderen Angelegenheiten der Stadt stellen. Die Fragestellerin oder der Fragesteller kann bis zu zwei Zusatzfragen anschließen die sich auf den Gegenstand ihrer/seiner ersten Frage beziehen müssen.
- (3) Die Fragen werden von der Bürgermeisterin/dem Bürgermeister beantwortet. Anfragen an einzelne Ratsmitglieder, Fraktionen oder Gruppen werden von diesen selber beantwortet. Eine Diskussion findet nicht statt.

In § 18 der Geschäftsordnung ist u.a. geregelt, dass die Vorschriften des 1. Abschnitts der Geschäftsordnung mit Ausnahme des § 13 auch für die Ausschüsse gelten. Sofern der Antrag der SPD-Fraktion angenommen wird, ist der § 13 somit herauszustreichen.

Nachrichtlich:

§ 18 Satz 1 Geschäftsgang und Verfahren (Bisherige Fassung)

Für den Geschäftsgang und das Verfahren gelten die Vorschriften des I. Abschnitts mit Ausnahme der §§ 13 und 14 entsprechend, soweit nicht gesetzliche Regelungen oder folgende Bestimmungen der Geschäftsordnung entgegen stehen.

Der Rat beschließt:

Rat beschließt folgende Neufassung des § 18 der Geschäftsordnung des Rates, des Verwaltungsausschusses und der Ausschüsse vom 15.11.2011:

§ 18 Satz 1 Geschäftsgang und Verfahren

Für den Geschäftsgang und das Verfahren gelten die Vorschriften des I. Abschnitts mit Ausnahme des § 14 entsprechend, soweit nicht gesetzliche Regelungen oder folgende Bestimmungen der Geschäftsordnung entgegen stehen.

Stimmergebnis:	Ja-Stimmen:	27
	Nein-Stimmen:	0
	Enthaltungen:	0

Ratsherr Placke berichtet von seinem Herzstillstand und bedankt sich beim ganzen Rat für die empfangenen Genesungswünsche.

Der Vorsitzende freut sich, dass Ratsherr Placke an der heutigen Sitzung teilnimmt und wünscht ihm weiterhin eine gute Genesung.

- zu 10 **Bildung von Ausschüssen;**
Antrag der SPD-Fraktion vom 06.02.2016 auf Einrichtung eines Ausschusses für Migration und Integration
1680/2016/1.2

Sach- und Rechtslage:

Grundsätzlich:

Der SPD-Fraktion beantragt gem. § 71 Abs. 1 NKomVG einen zusätzlichen Ausschuss. Der Antrag ist rechtmäßig eingegangen.

Ausschussvorsitzende:

Durch die Einrichtung eines zusätzlichen Ausschusses erhöht sich die Anzahl der Ausschüsse von derzeit 8 auf 9. Gem. § 71 Abs. 8 S. 1 NKomVG werden die Ausschussvorsitzende nach dem Höchstzahlverfahren (Teilung der Mitgliederstärke der Fraktionen durch 1,2,3) zugeteilt. Hier-nach besteht folgende Reihenfolge:

Ausschussvorsitze						
Fraktion	ge- teilt durc h 1	geteilt durch 2	geteilt durch 3	geteilt durch 4	geteilt durch 5	Ausschussvor- sitzende (9 Stk.)
SPD (14 Mitglie- der)	<u>14</u>	<u>7</u>	<u>4,66666666</u> <u>7</u>	<u>3,5</u>	2,8	4
ZoB (8 Mitglie- der)	<u>8</u>	<u>4</u>	2,66666667	2	1,6	2
CDU (6 Mitglie- der)	<u>6</u>	<u>3</u>	2	1,5	1,2	2
Bündnis90/Die Grünen (5 Mitglieder)	<u>5</u>	2,5	1,66666667	1,25	1	1

Nach Durchführung der Berechnung, steht der CDU-Fraktion ein weiterer Ausschussvorsitz zu. Gem. Kommentierung zum NKomVG (Thiele zu § 71, Rand-Nr. 10) und den Anmerkungen vom VG Hannover, Urteil vom 10.09.1971-IA 105/71 ist bei der Bildung eines zusätzlichen Ausschusses für alle Ausschüsse die Neubesetzung der Ausschussvorsitzende erforderlich.

Beratende Mitglieder

Die SPD-Fraktion beantragt gem. § 71 Abs. 7 NKomVG, dass dem Ausschuss folgende Vertreter als beratende Mitglieder angehören:

1. KVHS
2. Polizei
3. Diakonie
4. AWO
5. Kinderschutzbund
6. Norder Flüchtlingskreis

Gem. § 71 Abs. 7 S. 2 NKomVG soll der Ausschuss zu 2/3 aus Abgeordneten bestehen. Bei 9 Abgeordneten und 6 Beratenden Mitgliedern müssten mind. 10 Ratsmitglieder im Ausschuss vertreten sein. Gem. Kommentierung von Thiele kann von dieser Vorschrift aus gewichtigen sachlichen Gründen abgewichen werden. Eine Abweichung ist also unbedenklich.

Die namentliche Besetzung der Mitglieder ist gem. § 71 Abs. 7 2.Halbsatz und Abs. 5 durch Ratsbeschluss festzulegen. Die beratenden Mitglieder sind auf die Vorschriften der § 42 bis 44 NKomVG (Vertretungsverbot, Pflichtenbelehrung, Entschädigung) hinzuweisen. Die Besetzung müsste vorab geklärt werden (siehe weiteres Vorgehen).

Sachkosten:

Es wird davon ausgegangen, dass der Ausschuss für Migration und Integration im Jahr zehnmal tagt. Bei einer Besetzung von 15 Mitgliedern, Vertretern der Verwaltung und Zuschauern lässt sich nicht im Sitzungszimmer tagen.

Vorgeschlagen wird, die Anmietung eines Tagesraumes. Dies verursacht folgende Mehraufwendungen:

10 x	250,00 € (Tagungspauschale)	2.500 €
------	-----------------------------	---------

Zudem sind folgende Sitzungsgelder anzurechnen:

Sitzungsgeld ordentliche Mitglieder 9 x 9,00 € x 10 Sitzungen	810 €
Sitzungsgeld Beratende Mitglieder 6 x 15,50 € x 10 Sitzungen	930 €
Gesamtaufwendungen	4.240 €

Personelle Auswirkungen:

Für die Bearbeitung von Angelegenheiten der Migration und Integration – als „Kordinator in Flüchtlingsfragen“ – ist im Fachdienst 2.1 eine Stelle der Entgeltgruppe 8 mit mindestens 19,5 Wochenarbeitsstunden erforderlich.

Die jährlichen Kosten hierfür sind bei einer Besetzung mit einer Kraft ohne einschlägige Berufserfahrung (z.B. nach Abschluss der Berufsausbildung zum Verwaltungsfachangestellten) mit ca. 21.000 € zu kalkulieren.

Die Verwaltung hat insofern den Antrag der SPD-Fraktion um die Ziffer 2 erweitert.

Weiteres Vorgehen:

Der Rat der Stadt Norden beschließt in der Sitzung am 23.02.2016 lediglich über die Einrichtung eines Ausschusses für Integration und Migration. Bei positiver Beschlusslage wird in der darauffolgenden Ratssitzung am 02.03.2016, die Besetzung des Ausschusses, die Besetzung der beratenden Mitglieder sowie die Festlegung der Ausschussvorsitzende beschlossen.

Ratsherr Forster begründet den Antrag der SPD-Fraktion. Es gehe vor allem um die Integration der Flüchtlinge in der Anfangsphase. Mit dieser Thematik müsse man sich öffentlich beschäftigen. Es gehe auch darum, sich der Fragen und Ängste der Bevölkerung zu stellen. Er appelliere an die Fraktion von Bündnis90/Die Grünen den Antrag zu unterstützen, da auch auf Kreisebene auf Antrag der Grünen dieser Ausschuss gebildet wurde.

Beigeordneter Sikken erklärt, dass es gute Gründe gebe, der Beschlussvorlage des Verwaltungsausschusses zu folgen. Es sei wichtig, die Flüchtlinge zu integrieren. Hierzu wurde auch ein Arbeitskreis gegründet, der sehr gute Arbeit leiste. Ein öffentlicher Ausschuss sei dagegen nicht erforderlich, da hierfür zusätzliches Personal für die Ausschussarbeit benötigt werde. Beim Landkreis Aurich sei ein öffentlicher Ausschuss dagegen gut aufgehoben.

Ratsherr Lüers verweist auf die guten Ergebnisse der AG Bildung und hofft, dass auch in der Flüchtlingshilfe der Arbeitskreis zu guten Ergebnissen käme.

Beigeordnete Albers erklärt, dass sich ihre Fraktion dem Redebeitrag des Beigeordneten Sikken anschließe. Auf Kreisebene mache ein Ausschuss mehr Sinn als auf Gemeindeebene. Man lehne daher den Antrag ab.

Ratsherr Forster erklärt, dass es der SPD-Fraktion um Transparenz gehe. Diese sei in Arbeitsgruppen und Arbeitskreisen nicht gegeben. Er verweise auch auf die große Erwartungshaltung der Bevölkerung. Im Übrigen könne er das Stimmverhältnis aus der Beschlussvorlage des Verwaltungsausschusses nicht nachvollziehen.

Bürgermeisterin Schlag ermahnt Ratsherrn Forster dahingehend, dass die Stimmergebnisse des Verwaltungsausschusses nicht öffentlich gemacht werden dürften. Sie plädiere ebenfalls gegen einen neuen Ausschuss und weist auch auf die Zuständigkeit des Landkreises Aurich hin.

Ratsherr Köther stimmt Bürgermeisterin Schlag zu. Die Stadt Norden habe keine Prokura gegenüber den Partnern. Er wünsche sich allerdings als Protokollnotiz, dass der Ausschuss für Jugend-, Bildungs- und Soziales- und Sport öfters zu dem Thema tage. Zudem sollten die Strategischen Ziele der Sitzungsvorlagen um das Ziel „Unterstützung der Flüchtlingshilfe“ erweitert werden.

Beigeordnete van Gerpen bittet unabhängig von der Empfehlung des Verwaltungsausschusses, dass eine zusätzliche Stabstelle eingerichtet werde. Dies solle auch ohne eine Kostenbeteiligung des Landkreises erfolgen.

Bürgermeisterin Schlag bittet zunächst das Gespräch mit dem Landkreis Aurich abzuwarten. Hierfür benötigte sie allerdings ein Ratsvotum.

Der Rat beschließt:

- 1. Der Rat lehnt den Antrag der SPD-Fraktion vom 06.02.2016 auf Einrichtung eines 9-er Ausschusses für Migration und Integration ab.**

Stimmergebnis:	Ja-Stimmen:	16
	Nein-Stimmen:	11
	Enthaltungen:	0

- 2. Die Verwaltung wird beauftragt, bezüglich der Einrichtung einer befristeten Koordinierungsstelle für Flüchtlingsfragen in Vollzeit, befristet auf 2 Jahre, Verhandlungen mit dem Landkreis Aurich über eine Kostenübernahme zu führen.**

Stimmergebnis:	Ja-Stimmen:	27
	Nein-Stimmen:	0
	Enthaltungen:	0

Protokollnotiz:

1. Die Strategischen Ziele der Sitzungsvorlagen ist um das Ziel: „Unterstützung der Flüchtlingshilfe“ zu erweitern.
2. Die Anzahl der Sitzungen für den Jugend-, Bildungs- und Soziales- und Sportausschuss ist bedarfsgerecht zu erhöhen.

Im Anschluss an die Abstimmung teilt Ratsfrau van Gerpen mit, dass der Beschluss nicht ordnungsgemäß erfolgt sei. Der Rat könne jederzeit Ausschüsse ohne die Vorbereitung des Verwaltungsausschusses bilden. Der Verwaltungsausschuss habe hier fehlerhaft eine Beschlussempfehlung erteilt.

zu 11 Dringlichkeitsanträge

Keine.

zu 12 Anfragen

Keine.

zu 13 Wünsche und Anregungen

Keine.

zu 14 Festlegung des nächsten Sitzungstermins

Die nächste Sitzung des Rates der Stadt Norden findet am 02.03.2016 um 17.00 Uhr statt.

zu 15 Schließung der Sitzung (öffentlicher Teil)

Der Vorsitzende schließt um 20:33 Uhr die Sitzung.

Der Ratsvorsitzende

Die Bürgermeisterin

Der Protokollführer

-Reinders-

-Schlag-

-Reemts-